BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 19. Wahlperiode

Drucksache 19 / 2127 (Neufassung der Drs. 19/2073)

eurassung der Drs. 19/20/3) 26.03.19

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grüne

Besuche in Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten zum Thema "NS-Diktatur" für alle Schulklassen ermöglichen

Gedenkstätten sind nicht nur ein Ort der Erinnerung, sondern auch ein wesentlicher Lernort über die Geschichte und Verbrechen des Nationalsozialismus. Besuche in diesen veranschaulichen Jugendlichen die historischen Ereignisse und sie schaffen individuell prägende Momente in der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte.

Besuche in Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten müssen für die Schülerschaft immer mit einer gegenwartsbezogenen und handlungsorientierten Auseinandersetzung verbunden sein. Denn viele Menschen in Deutschland und besonders die Jüngeren stellen heutzutage die Frage, was uns nach 75 Jahren die Geschichte der NS-Verbrechen eigentlich noch angeht. Daher muss das Ziel sein auch aufzuarbeiten, wer hat warum etwas getan, welche Folgen hatte es für die Opfer, wer waren die Opfer und in welchem Kontext geschahen die Verbrechen?

In Bremen hat seit 2015 der Denkort Bunker Valentin eine wesentliche Rolle in der regionalen Gedenklandschaft als zentrale Gedenkstätte an die Verbrechen des Nationalsozialismus übernommen. Von der Öffentlichkeit wurde der neue Denkort gut angenommen und hat sich bereits in der Bremer Erinnerungskultur etabliert.

Desgleichen hat das Bremer Schulmuseum nach sehr erfolgreichen und stark besuchten Ausstellungen im Jahr 2002 und 2004 in der unteren Rathaushalle eine Dauerausstellung über die NS-Zeit und die Lebens- und Lernbedingungen von damaligen Schülern erarbeitet. Besonders für jüngere Schülerinnen und Schüler bietet das Bremer Schulmuseum hier einen guten Einstieg in die Thematik.

Hinzu kommen noch zahlreiche weitere außerschulische Lernorte, wie auch zum Beispiel das Bildungsangebot des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, hier werden regelmäßig Führungen und unsere Spurensuche auf den Kriegsgräber- und Gedenkstätten des Osterholzer Friedhofes angeboten. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern können so die Schicksale von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, von KZ-Häftlingen, Bombenopfern und Soldaten kritisch erforscht werden.

Allerdings liegen inzwischen auch Berichte vor, dass die Kosten für die Führungen, Eintritt oder Anreisekosten eine Hürde für Schulklassen darstellen und auch vom Besuch abhalten. Ziel sollte es jedoch sein, dass alle Schülerinnen und Schüler des Landes Bremen mindestens einmal während ihrer Schulzeit die Möglichkeit haben, eine Gedenkstätte oder einen außerschulischen Lernort zu besuchen. Daher sollte das Land Bremen die Kosten für die Führungen übernehmen und auch einen Zuschuss zu den Anfahrtskosten gewähren.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Einbindung von Besuchen sowohl in Gedenkstätten wie dem Denkort Bunker Valentin, wie auch im Schulmuseum, im Schulunterricht systematisiert wird. Dies betrifft zum Beispiel auch Tagesfahrten in Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager im regionalen Umland (zum Beispiel Bergen-Belsen, Neuengamme oder Westerbork) oder die mit Hilfe der Bethe-Stiftung organisierten Fahrten zu Gedenkstätten in Polen. Auch hier muss das Ziel sein, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern den Besuch einer solchen Gedenkstätte zu ermöglichen. Zu diesem Zweck ist ein Konzept des Senats erforderlich, welches didaktische Einbindung in den Unterricht und organisatorische Voraussetzungen klärt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- 1. Um das Ziel zu erreichen, dass jede Schülerin/jeder Schüler des Landes Bremen mindestens einmal während der Schulzeit einen außerschulischen Lernort zum Thema NS-Diktatur wie den Denkort Bunker Valentin, das Schulmuseum, oder eine Gedenkstätte eines Konzentrationslagers besuchen kann, fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf:
 - a) die Kosten für Führungen von Schulklassen aus Bremen und Bremerhaven in Denkorten, Gedenkstätten oder außerschulischen Lernorten zum Thema NS-Diktatur zu übernehmen;
 - b) für Schulen mit Sozialstufe 5 einen Fördertopf einzurichten, aus dem Schulklassen aus Bremen und Bremerhaven unbürokratisch einen Zuschuss zu den Fahrtkosten für einen Besuch eines Denkorts oder außerschulischen Lernorts beantragen können;
 - eine zusätzliche Stelle am Bunker Valentin für eine pädagogische Fachkraft zu schaffen, um der Besucherinnenzahl/Besucherzahl und der pädagogischen Modularbeit mit Besucherinnengruppen/Besuchergruppen gerecht zu werden, mehr Kapazitäten für Besuche zu schaffen und die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung am Denkort Bunker Valentin zukünftig sicherzustellen.
- 2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) ein Konzept vorzulegen, wie die Arbeit mit und die Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten zur NS-Diktatur systematisch in den Schulunterricht eingebunden werden.
 - b) Sorge dafür zu tragen, dass die Bildungsangebote externer Organisationen der Erinnerungs- und Gedenkarbeit an den Schulen bekannt werden und nach Möglichkeit in den Unterricht eingebunden werden.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Julie Kohlrausch, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen